

Ein Land wird globalisiert

Das westafrikanische Land Ghana, politisch relativ stabil, versucht sich auf die globalisierte Wirtschaft einzustellen. Dabei zeigen sich beispielhaft die Schwierigkeiten, die eintreten, wenn etwa der eigene Markt geöffnet werden muss. Handlungsbedarf besteht aber auch bei einer durchgreifenden Reform der öffentlichen Dienste. Da verschiedene Länder den Staatshaushalt Ghanas mitfinanzieren, tragen sie auch Mitverantwortung für den Reformprozess.

Accra, Hauptstadt Ghanas. Ich sitze bei William Kofi Ahadzie von der Universität Ghana im Büro. Plötzlich stoppt die Klimaanlage, das Licht geht aus. Während einer halben Stunde unterhalten wir uns im Dunkeln. Ein Unterbruch in der Stromversorgung, wie er in Accra alltäglich ist. Nicht zufällig geniessen Verbesserungen in der Energieversorgung Vorrang in der Reformagenda des Landes. Denn während der Stromausfall bei einer Diskussion in einem Büro einfach nur ärgerlich ist, hat er in der Industrie gravierende Folgen: zusätzliche Kosten und verringerte Produktivität. Das steht völlig quer zu den Bestrebungen der Regierung, sich als attraktiver Wirtschaftsstandort in Westafrika zu positionieren.

Auch die Schweiz ist engagiert

Energie ist ein hochpolitisches Thema. Der Internationale Währungsfonds (IWF) drängte schon einige Zeit auf Reformen in der Ölversorgung. Öl wurde stark subventioniert und belastete 2004 die Staatsrechnung mit rund 250 Millionen Dollar, viel Geld, das man auch im Gesundheitswesen oder anderswo hätte verwenden können. Mitte Februar vergangenen Jahres, kurz nach den Wahlen im Dezember, erhöhte die Regierung die Benzinpreise um rund 50 Prozent auf Weltmarktniveau – ein Liter Benzin kostet jetzt rund einen Schweizer Franken. Das führte zu Protestkundgebungen, weil auch die breite Bevölkerung von der Verteuerung der Bustarife und der Transportkosten direkt betroffen war. Allerdings – am meisten belastet die Massnahme das Portemonnaie der Mittel- und Oberschicht.

Gerade deshalb hatten der Internationale Währungsfonds, die Weltbank und die bilateralen Entwicklungshilfe-Partner auch darauf bestanden, dass die Benzinsubventionierung gestrichen wird. Trotzdem sind sie mit den Massnahmen der Regierung noch nicht zufrieden. Das Parlament soll eine Gesetzesvorlage verabschieden, welche den Benzinimport liberalisiert und so künftigen Benzinsubventionen einen Riegel schiebt, falls zum Beispiel am Weltmarkt die Ölpreise wieder steigen sollten. Bis zur Verabschiedung dieses Gesetzes haben sie die Auszahlung ihrer Hilfe an das Staatsbudget aufgeschoben. Das trifft Ghana im Lebensnerv: Über 30 Prozent des laufenden Staatsbudgets ist über Programme und Projekte vom Ausland finanziert. Auch die Schweiz ist mit neun Millionen Franken pro Jahr daran beteiligt. Weil die Entwicklungshilfe den Armen zugute kommen soll, macht es Sinn, darauf hinzuwirken, dass sie nicht durch Benzinsubventionen aufgefressen wird, sondern für die Förderung der Landwirtschaft oder des Schulwesens zur Verfügung steht.

Im internationalen Markt

Ich mache einen Besuch im Parlament und nehme auf der Besuchertribüne Platz. Es läuft eine Debatte darüber, wie der Staat die Produktion von Poulets im Land ankurbeln könnte. Der herausgeforderte Landwirtschaftsminister hat eigentlich keine Antwort auf diese Frage. Ghana hat die Zölle auf Poulet-Einfuhren aus dem Ausland reduziert, um seinen

Verpflichtungen in der Welthandelsorganisation (WTO) nachzukommen. Nun wird der lokale Markt mit tiefgefrorenem Geflügelfleisch aus Europa und den USA überschwemmt. Es wird zwar gesagt, das importierte Fleisch sei geschmacklos. Doch infolge der Landwirtschaftssubventionen in der Europäischen Union sind die Poulet-Importe viel günstiger als die einheimische Produktion; den Schaden hat die lokale Hühnerzucht.

Im Taxi unterwegs an die nächste Besprechung, läuft am Radio eine angeregte Diskussion in der Volkssprache Akan. Offizielle Landessprache ist Englisch, aber im Alltag dominieren die althergebrachten Umgangssprachen. In der Diskussion geht es darum, dass der Sohn des kürzlich wieder gewählten Präsidenten von Ghana, John Agyekum Kufuor, im Rahmen eines Konsortiums einen unvollendeten Hotelbau für über drei Millionen Franken kauft. Der Fahrer ist empört: «Woher hat die Familie so viel Geld? Und ich habe ihm noch meine Stimme gegeben, weil er versprochen hat, die Korruption im Land zu bekämpfen!» Die Kontroverse macht Schlagzeilen in allen Medien. Doch Staatsgelder sind nicht abgezweigt worden. Der Sohn hat das Hotel mit anderen Investoren gekauft. Die Opposition hält das Misstrauen am Leben. Dass diese Debatte so öffentlich stattfindet, stellt Ghana ein gutes Zeugnis aus.

Viele Ghanaer arbeiten im Ausland, sei es in benachbarten Ländern, in Grossbritannien oder in den USA. Umgekehrt sind aber auch viele Menschen aus Nigeria, Togo oder Burkina Faso in Ghana eingewandert. Die Migranten unterstützen ihre Familien und senden Geld nach Hause. Diese Überweisungen sind mittlerweile global zu einem Multimilliardengeschäft angewachsen. Zu den weltweit führenden Instituten zählt die Western Union, welche in allen Plätzen der Welt Niederlassungen hat. So auch in Ghana: Allenthalben ist Werbung zur Abwicklung von Geldtransfers über Western Union zu sehen.

Reform des öffentlichen Dienstes

Als ich ein Foto einer Western-Union-Werbetafel mache, steuern zwei Polizisten auf mich zu. Sie beginnen energisch auf mich einzureden, es sei verboten, hier zu fotografieren. An der belebten Strasse entsteht sofort ein kleiner Auflauf. Mein Taxi hat weiter vorn geparkt, und der Fahrer eilt zurück. Er argumentiert mit der Polizei, ein Verbot müsse klar angeschrieben werden, sonst sei Fotografieren erlaubt, Ghana sei ein freies, demokratisches Land. Ich entschuldige mich für den Fall, dass ich unwissentlich ein Verbot übertreten hätte. Die Polizisten insistieren weiterhin, aber der Taxifahrer winkt mich in den Wagen, und wir fahren weiter. «Das ist Afrika! Sie wollen ihr Gehalt aufbessern und behaupten das Blaue vom Himmel, bis man zahlt.»

Wenn ich in Ghana ankomme und Geld wechsele, werde ich über Nacht zum Millionär. Bereits für 150 Schweizer Franken erhalte ich in der Wechselstube rund eine Million Ghanaische Cedis. Doch die Lohntüte des Polizisten reicht kaum zum Leben. Mit monatlich 150 Franken beziehungsweise drei Franken pro Tag kann man eine Familie kaum durchbringen. Er ist auf zusätzliche Einnahmen angewiesen, und in diesem Umfeld gedeiht Kleinkorruption.

Eine durchgreifende Reform der öffentlichen Dienste hat höchste Priorität. Lehrerinnen und Lehrer beispielsweise bessern sich ihr Gehalt mit Trinkgeldern und Naturalien der Eltern auf. Ausgebildete Ärzte, statt den einheimischen Gesundheitsdienst zu verstärken, wandern ins Ausland ab. Sogar die Löhne von Spitzenbeamten sind mit einigen Hundert Franken lächerlich gering. Doch der Staat stellt ihnen zusätzlich einen Bungalow, einen Wagen und Hauspersonal zur Verfügung. «Anstelle dieser teuren, aber undurchsichtigen Zusatzleistungen wäre eine anständige Bezahlung viel die bessere Lösung», verrät mir ein Staatsangestellter, der dieser Kategorie nahe steht.

Ausland hat Mitverantwortung

Höhere Löhne, transparente Leistungen, weniger Beamte, dafür eine produktive Verwaltung – das sind die Ziele der überfälligen Verwaltungsreform. Allerdings schafft eine Reduktion der Anstellungen auch Verlierer. Sogar wenn schon längst verstorbene Beamte auf der Gehaltsliste stehen, die Auszahlung des Lohnes erfolgt allemal im Diesseits.

Wenn vom Ausland das Staatsbudget direkt mitfinanziert wird, übernimmt die Entwicklungshilfe Mitverantwortung. Die direkte Budgethilfe hat den Vorteil, dass Reformen nicht nur einen wirksameren Einsatz der Auslandshilfe bewirken, sondern auch die eigenen öffentlichen Mittel Ghanas davon profitieren. So wird der Regierung von der internationalen Entwicklungszusammenarbeit der Rücken gestärkt, diese nicht nur populären Reformen voranzutreiben.

Richard Gerster

Richard Gerster hat an der Universität St. Gallen Wirtschaftswissenschaften studiert. Er ist seit Jahren entwicklungspolitisch tätig (www.gersterconsulting.ch) und Autor von «Globalisierung und Gerechtigkeit» (hep-Verlag 2005). Als selbständiger Berater hat er kürzlich Ghana im Auftrag des Bundes besucht.
